



## Finanzlage der Kommunen und Umsetzung des Konjunkturpaketes

10. Juni 2010

Seite 1/11

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrter Herr Hauptgeschäftsführer,  
sehr geehrte Kammermitglieder,

**Regierungspräsident**  
Dr. Peter Paziorek  
Telefon 0251-411-1000

für Ihre Einladung zu dieser Vollversammlung der Handwerkskammer Münster möchte ich mich bei Ihnen bedanken. Handwerkskammer und Bezirksregierung pflegen ein ausgezeichnetes, ja vorbildliches Verhältnis. Das ist sehr wichtig und ich freue mich sehr, dass diese Beziehungen zwischen unseren Häusern so unkompliziert sind und sich immer sehr konstruktiv in der Zusammenarbeit gestalten. Aus diesem Grund bin ich Ihrem Wunsch gerne gefolgt, heute über die Finanzlage der Kommunen und die Umsetzung des Konjunkturpaketes zu sprechen

### I. Allgemeine Wirtschaftssituation

Aktuell dominiert immer noch die Finanz- und Wirtschaftskrise unser Handeln. Neben den Banken sind es nun ganze Staaten, die Unterstützung benötigen. Glücklicherweise verfügen wir im Regierungsbezirk – auch aufgrund einer klugen Mittelstandspolitik der letzten Jahre – über eine robuste Wirtschaftsstruktur.

Das ist sicherlich auch ein Grund dafür, dass sich der Wirtschaftseinbruch bei uns bisher nicht auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit untermauern noch einmal den erstaunlichen Befund für das gesamte Krisenjahr 2009:

Der hiesige Arbeitsmarkt hat sich überraschend widerstandsfähig gezeigt. Im gesamten Regierungsbezirk lag die Arbeitslosenquote Ende Mai bei 7,7 %, im Vergleich zum Vorjahr (Mai 2009) ist sie damit sogar um 0,5 % gesunken. In der Emscher-Lippe Region können wir einen Rückgang von 12,2 % auf 11,7 % und im Münsterland von 5,7 % auf 5,2 % verzeichnen.

Das es nicht mehr wurde, ist einer Gemeinschaftsleistung von Wirtschaft, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Politik zu verdanken. Vor allem die mittelständischen Betriebe haben dazu

Bezirksregierung Münster  
Domplatz 1-3  
48143 Münster  
Telefon: 0251/411-0  
Telefax: 0251/411-82525  
[www.brms.nrw.de](http://www.brms.nrw.de)



beigetragen, dazu zähle ich insbesondere auch die vielen Handwerksunternehmen. Sie haben – anders als viele Großbetriebe - nicht sofort Kündigungen ausgesprochen, sondern Sie haben Ihre Verantwortung als Arbeitgeber ernst genommen und Ihre Entscheidungen weitsichtig auch mit Rücksicht auf Ihre Beschäftigten getroffen. Dafür gebührt Ihnen Respekt und Anerkennung.

Aber auch politische Rahmenbedingungen haben geholfen, z.B. die Kurzarbeiterregelung. Auch im Münsterland haben viele Unternehmen davon profitiert. Zum 1. Juni hatten im Regierungsbezirk 1.744 Unternehmen Kurzarbeit angemeldet, für insgesamt rund 16.500 Beschäftigte wird Kurzarbeitergeld gezahlt. Viele Beschäftigungsverhältnisse konnten auf diese Weise erhalten werden. Glücklicherweise ist aber auch die Zahl der Kurzarbeiter rückläufig, zum 1. März waren noch rund 20.000 Beschäftigte davon betroffen.

Nun gilt es, den zarten Aufschwung zu stabilisieren und die regionalen Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft „zukunftssicher“ zu machen. Die Begleitung der Strukturpolitik des Landes zähle ich daher zu einer wichtigen Aufgabe der Bezirksregierung. Gemeinsames Ziel muss es sein, die strukturpolitischen Rahmenbedingungen unserer Region zu verbessern, damit das Münsterland und die Emscher-Lippe Region im europäischen Wettbewerb der Regionen dauerhaft gut aufgestellt bleiben.

Gerade die klein- und mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur mit oft inhabergeführten Familienunternehmen ist besonders in Krisenzeiten ein stabilisierender Standortfaktor. Nur 0,3 % aller Unternehmen haben mehr als 250 Beschäftigte. Die Monostrukturen der Vergangenheit – Bergbau, Textil- und Zementindustrie – haben sich zu einem vielfältigen Branchenmix gewandelt. Mit einem differenzierten Leistungsspektrum ist der Regierungsbezirk heute gut aufgestellt. Dank dieser Strukturen haben wir die Krise passabel gemeistert. Das Handwerk hat hieran einen gehörigen Anteil, denn als eine zentrale Säule der Wirtschaft und der Gesellschaft, schafft das Handwerk anspruchsvolle Arbeits- und Ausbildungsplätze, die jungen Leuten berufliche Perspektiven eröffnen.

Einige Wirtschaftsbranchen sind allerdings auch in unserer Region mit aller Härte getroffen worden. Ich denke zum Beispiel an die dramatischen Auftragsrückgänge im Maschinenbau, der teilweise über 40 % lag. Es sind vor allem Industriearbeitsplätze, die gerade auch im Münsterland abgebaut worden sind.



Die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen in ihren Frühjahrsgutachten mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent in diesem Jahr. Die Bundesregierung erwartet mit einem Plus von 1,4 Prozent nur unwesentlich weniger. Die OECD rechnet sogar mit 1,9 %, für 2011 hat sie ihre Prognose erst Ende Mai auf 2,1 % angehoben. Führende Ökonomen und Politiker sprechen von einem Ende der Rezession.

Auch die von Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, Mitte Mai veröffentlichten Konjunkturdaten lassen hoffen, dass die Talsohle bald durchschritten ist. Obwohl ein gesunder Optimismus also durchaus angebracht zu sein scheint, haben die Handwerksbetriebe im Regierungs- bzw. Kammerbezirk aber zuletzt erfahren müssen, dass der Aufschwung kein Selbstläufer wird. Die harten Wintermonate haben trotz solider Auftragslage eine weitere Belastungsprobe für die Handwerksbetriebe dargestellt. Vergleichen wir diese Situation jedoch mit der Wirtschaftslage und den Aussichten vor ca. 1 ½ Jahren, so belegen die Umfragewerte der Wirtschaftsforschungsinstitute und die Konjunkturdaten der Handwerkskammer, dass wir einen Schritt in die richtige Richtung und damit heraus aus der Krise gemacht haben.

Vor ca. 1 ½ Jahren befanden wir uns noch in der größten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik. Weder die Ursachen der Finanzmarktkrise noch die Ursachen der Wirtschaftskrise waren hausgemacht. Jedoch mussten wir in diesen kritischen Zeiten ein ums andere Mal erleben, dass die Finanzmärkte versagt haben. Wenn die Marktakteure nicht mehr weiterwussten und gar nichts mehr ging – das haben wir erlebt – dann erklang der Ruf nach dem Staat.

## **II. Konjunkturpaket II**

Bund und Länder haben enorme Anstrengungen unternommen, um die Rezession zu stoppen. Das Zukunftsinvestitionsgesetz, auf dessen Inhalt und Umsetzung in Nordrhein-Westfalen ich gleich eingehen möchte, ist nur ein Teil des Konjunkturpakets II. Verglichen mit den Summen, die der Bund etwa zur Stützung maroder Banken aufwendet, erscheint die Summe von 10 Mrd. € für zusätzliche Investitionen geradezu bescheiden. Gleichwohl reichte die Summe aus, um einen deutlichen Impuls für die heimische Wirtschaft zu geben. Notwendig war allerdings eine schnelle und reibungslose Umsetzung, wenn das Programm ein Erfolg werden sollte. Dafür hat Nordrhein-Westfalen die Voraussetzungen geschaffen.



Nordrhein-Westfalen hat das Zukunftsinvestitionsgesetz besonders schnell, unbürokratisch und kommunalfreundlich umgesetzt. Auf NRW entfallen rund 2,8 Mrd. €, 84 % davon gehen direkt an die Kommunen. Allein im Regierungsbezirk konnten ca. 401 Mio. € kommunalen Zuwendungsempfängern und Krankenhäusern zur Verfügung gestellt werden. Die Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes im Regierungsbezirk Münster entwickelt sich weiterhin positiv. Die bis zum Mai 2010 gemeldeten Maßnahmen entsprechen einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 353 Mio. €. Damit sind bereits knapp 88 % der durch das Zukunftsinvestitionsgesetz zugewiesenen Mittel im Regierungsbezirk Münster in über 1.300 Einzelprojekten gebunden.

Das ist ja alles „schön und gut“ werden Sie, sehr geehrte Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister, vielleicht sagen: Wie viel aber kommt denn davon bei uns an? Geben die Kommunen ihre finanziellen Handlungsspielräume auch entsprechend weiter? Denn das Hauptziel des Konjunkturpaketes war es ja, die heimische Wirtschaft schnell und unbürokratisch zu unterstützen. Wird man unter diesem Gesichtspunkt dem Motto und der Gesetzesbegründung des Zukunftsinvestitionsgesetzes überhaupt gerecht?

Frage also: Ist das Geld bei den Betrieben im Regierungsbezirk angekommen und sind die gesteckten Ziele erreicht worden?

Der jetzt aktuell veröffentlichte Konjunkturspiegel der Handwerkskammer für das Frühjahr 2010 deutet darauf hin, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Sieht man sich die Umfrageergebnisse genauer an, dann bezeichnen gegenwärtig 75 % aller Betriebe ihre Geschäftslage als gut oder zumindest zufriedenstellend.

Natürlich gibt es Unterschiede in den einzelnen Handwerkssparten, aber vor einem Jahr waren es nur rund 70 %, die optimistisch in die Zukunft blickten. Besonders beeindruckend ist für mich, dass 80 % aller befragten Handwerksbetriebe ihre Mitarbeiter gehalten oder sogar neue eingestellt haben. Und die Konjunkturprognose für die kommenden Monate ist noch optimistischer: Sogar 91 % aller Betriebe gehen von einer guten bzw. zufriedenstellenden Geschäftslage aus. Diese statistischen Werte geben Hoffnung und zeigen, dass das Konjunkturpaket II seine Wirkung nicht verfehlt hat.

Der positive Eindruck wird von meinen Gemeindebesuchen, Gesprächen mit Bürgermeistern und durch Berichte meiner Mitarbeiter der



„Projektgruppe Konjunkturpaket II“ gestützt. Im Vorfeld dieser Veranstaltung habe ich noch einmal konkret nachgefragt, welche Wahrnehmung sie im täglichen Umgang mit den Kommunen und den beauftragten Handwerkern haben. Einstimmig wurde mir bestätigt, dass das Geld in der regionalen Wirtschaft und im regionalen Handwerk ankommt. Insbesondere durch die Erleichterungen bei den Vergaberichtlinien sind vermehrt kleine- und mittelständische Unternehmen zum Zuge gekommen, die sich bei Großprojekten mit EU-weiter Ausschreibung wahrscheinlich gar nicht beteiligt hätten.

Exemplarisch sei hier beispielsweise die „Kita Münsterstraße“ in Lengerich mit einem Investitionsvolumen von ca. 520.000 € genannt. Dieses Vorhaben ist im Oktober 2009 vom Land NRW der Staatskanzlei des Bundes in Berlin als „Musterprojekt“ vorgestellt wurde. Mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket konnte ein bisher ungenutztes Gebäude energetisch saniert und kindgerecht ausgestattet werden.

Nach Auskunft der Stadt Lengerich ist bei der Vergabe der Aufträge insbesondere das regionale Handwerk berücksichtigt worden. So sind 95 % des Auftragsvolumens für das Projekt örtlich, zumindest aber im Kreisgebiet vergeben worden. Diese Vergabestruktur darf insoweit - aus den bestehenden Erfahrungswerten heraus - als beispielhaft angesehen werden. In Bezug auf die Auslastung der regionalen Handwerksbetriebe lässt sich deshalb durchaus der Schluss ziehen, dass sich das Auftragsvolumen durch das Konjunkturpaket II deutlich erhöht hat - auch wenn die Kapazitätsgrenzen wohl noch nicht erreicht sind.

Es bleibt also festzuhalten, dass die Wirtschaft insgesamt und das Handwerk im Speziellen die Talsohle durchschritten haben, die Zeichen stimmen zuversichtlich, dass sich der aufkeimende Aufschwung tatsächlich stabilisieren wird.

### **III. Kommunalfinzen**

Ich wünschte mir, ich könnte gleiches zur wirtschaftlichen Entwicklung der Kommunen und Kreise sagen. Leider ist dies nicht der Fall. Die schwierige Situation der kommunalen Haushalte und eine hier zu erwartende weitere Verschlechterung aufgrund immer noch weg brechender Steuereinnahmen, höherer Sozialleistungen und nicht auszuschließender steigender Zinsbelastungen geben Anlass zu großer Sorge hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Haushalte vieler Kommunen im Land und auch im Regierungsbezirk Münster. Daran



konnte leider auch das Konjunkturpaket II nichts ändern, auch wenn den Kommunen dadurch Investitionen möglich geworden sind, die sonst noch lange auf sich hätten warten lassen.

Die Wirtschaftskrise hat sich zu einer Krise für die öffentlichen Haushalte entwickelt und hier neben Bund und Land insbesondere die Kommunen getroffen. Die Steuereinnahmen der Kommunen sind 2009 bundesweit laut Mitteilung des Deutschen Städtetags von 77 Mrd. € auf 69,3 Mrd. € zurückgegangen. Allein die Gewerbesteuer ist nach Angaben des Städte- und Gemeindebundes NRW in 2009 im Durchschnitt um 20 % eingebrochen, in einzelnen Kommunen weit darüber hinaus.

Die sich aus der Konjunkturschwäche ergebenden Steuerausfälle bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben werden die ohnehin prekäre Finanzsituation der Gemeinden in 2010 und den Folgejahren noch deutlich verschärfen. Hierunter leiden in erster Linie die strukturschwachen Regionen, wie z.B. die Emscher-Lippe-Region, aber auch an den Kommunen des Münsterlandes geht diese Entwicklung nicht vorbei. Bisherige Konsolidierungserfolge in den Finanzhaushalten vieler Kommunen im Regierungsbezirk werden zunichte gemacht, es besteht die konkrete Gefahr, dass weitere Fortschritte im Strukturwandel erschwert, wenn nicht gar unmöglich werden, wird hier nicht gegengesteuert.

Im vergangenen Jahr hatten die Kommunen bundesweit ein Haushaltsdefizit von 5 Mrd. € zu verkraften. Für dieses Jahr erwarten der Städte- und Gemeindebund wie auch der Städtetag ein Minus von 12 Mrd. €. Damit wäre das prognostizierte Minus um die Hälfte höher als dasjenige in der bisher schwersten kommunalen Finanzkrise 2003. In Nordrhein-Westfalen haben die Kommunen Kassenkredite in Höhe von 17 Mrd. € aufgenommen, vor 10 Jahren lagen diese noch bei 2 Mrd. €

Derzeit ist leider festzustellen, dass es im Regierungsbezirk praktisch keine Kommune und keinen Kreis mehr gibt, der in der Lage wäre, ohne kräftigen „Griff in die Rücklagen“ den Haushalt darstellen zu können.

In 2009 hatten noch 5 Kommunen und zwei Kreise einen strukturell ausgeglichenen Haushalt, 55 Kommunen und zwei weitere Kreise konnten zumindest noch einen fiktiv ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Von „fiktivem“ Ausgleich sprechen die Fachleute dann, wenn



zwar die Ausgaben nicht von den Einnahmen gedeckt werden können, ein formal ausgeglichener Haushalt durch Inanspruchnahme der sog. Ausgleichsrücklage aber dennoch möglich wird. Auch wenn die Aussage, der Haushalt sei fiktiv ausgeglichen, zunächst damit vielleicht beruhigend klingen mag: Es wird hier kommunales Eigenkapital verbraucht! Bis 2013 werden rund zwei Drittel aller NRW-Kommunen ihre Ausgleichsrücklage nach Angaben des Städte- und Gemeindebundes verbraucht haben.

Einen strukturell ausgeglichenen Haushalt werden von den insgesamt 83 Gebietskörperschaften des Regierungsbezirks in 2010 - nach allem was wir sehen - nur noch zwei kreisangehörige Gemeinden (Heiden und Wettringen) erreichen können. Einen fiktiven Ausgleich werden im günstigsten Fall noch 36 kreisangehörige Gemeinden und 4 Kreise verzeichnen, obwohl alle Kreise ihre Kreisumlage anheben. Im Vergleich zu 2009 bedeutet dies eine weitere gravierende Verschlechterung der Haushaltslage - sowohl bei den kreisfreien Städten, aber auch bei den kreisangehörigen Gemeinden und den Kreisen des Bezirks.

Die düsteren Prognosen der kommunalen Spitzenverbände kann ich daher für unseren Regierungsbezirk in der Tendenz leider nur bestätigen. Dies gilt ganz besonders für die Emscher-Lippe-Region. Der Kreis Recklinghausen befindet sich hier seit 2009 in der bilanziellen Überschuldung und wird diese nur noch unter ganz erheblichen Anstrengungen überwinden können.

Alle 10 Städte des Kreises wirtschaften mit Beginn des Haushaltjahres 2010 nunmehr im Nothaushaltsrecht, wobei mindestens 6 Städten die Überschuldung droht. Die Städte Gelsenkirchen und Bottrop befinden sich mit Beginn des Haushaltjahres 2010 ebenfalls im Nothaushaltsrecht, beide Städte sind nach eigenem Bekunden nicht mehr in der Lage, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu können, das für das Haushaltsjahr 2013 einen ausgeglichenen Haushalt erwarten ließe.

Dies bedeutet im Ergebnis, dass alle Kommunen der Emscher-Lippe-Region im Regierungsbezirk Münster, einschließlich des Kreises Recklinghausen, im Augenblick derart massiven haushaltsrechtlichen Zwängen unterworfen sind, dass kaum noch ein eigenständiger finanzieller Gestaltungsraum vor Ort für die Kommune oder den Kreis besteht. Kreditaufnahmen für investive Maßnahmen etwa sind damit nur noch stark eingeschränkt zulässig.



Diejenigen, die sich bereits in der Überschuldung befinden, sind in ihrem Handeln begrenzt auf die Möglichkeiten, die ihnen im Rahmen der ihnen seitens des Landes zur Verfügung gestellten Mittel und vorhandener eigener Steuereinnahmen noch eröffnet sind. Zusätzliche Kreditaufnahmen kommen hier grundsätzlich nicht mehr in Betracht.

Dies hat massive Folgen, wenn nunmehr wichtige, lang geplante und von Verwaltung und Politik beschlossene Vorhaben aufgrund fehlender Mittel in Frage gestellt werden. Dies betrifft nicht nur die „normale“ kommunale Haushaltsbewirtschaftung, sondern grundsätzlich auch umfangreiche und wichtige Fördermaßnahmen, die für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region wichtig, ja möglicherweise unverzichtbar sind.

Es muss hier gemeinsam nach Wegen gesucht werden, die jedenfalls zukünftig den Kommunen den bereits verlorengegangenen Gestaltungsspielraum wieder eröffnen und Entwicklungsperspektiven erlauben.

Sieht man die sich schon beim derzeitigen Stand abzeichnende Entwicklung, so droht sich die kommunale Finanzsituation angesichts erkennbarer weiterer Risiken noch weiter zu verschärfen. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise werden sich hier erst zeitversetzt in ein bzw. zwei Jahren in ihrem vollen Umfang einstellen. Die geringeren Steuereinnahmen seitens des Bundes und der Länder – das Land NRW rechnet bis 2013 mit einem Minus in Höhe von etwa 4,8 Mrd. € - werden sich zwangsläufig auch auf die Höhe der Zuweisungen an die Kommunen auswirken, der zu verteilende „Kuchen“ wird kleiner und dies bei gleichzeitig weiter steigenden Sozialausgaben.

Sollte sich das derzeitige Zinsniveau, das sich in 2009 auf historischem Niedrigststand befand, zudem nach oben verändern, droht den Kommunen mit ihren teilweise hohen Altschulden ein erhebliches zusätzliches Finanzrisiko, das ihnen dann ihre letzten finanziellen und mithin politischen Gestaltungsmöglichkeiten nehmen könnte.

Die Hoffnung auf eine Erholung der Wirtschaft zu setzen, wie es der eine oder andere derzeit wohl tut, ist angesichts der durchaus festzustellenden positiven Anzeichen berechtigt. Diese Erholung wird sich allerdings nur zeitversetzt bei den Kommunen niederschlagen. Hier wird mit einem Zeitraum von wenigstens 5 Jahren gerechnet, bis das-



jenige Niveau wieder erreicht sein könnte, das vor der Finanz- und Weltwirtschaftskrise bestand.

Diese mehr als schwierige Haushaltssituation geht einher mit den zu erwartenden Folgen einer demographischen Entwicklung, die sich in vielen Bereichen der Kommunen auswirken wird und zu neuen Schwerpunktsetzungen zwingen dürfte.

Damit stehen den Kommunen im Regierungsbezirk zweifellos schwierige Jahre bevor. In dieser Situation kommt der Bezirksregierung eine ganz besondere Bedeutung zu, die sich nicht darin erschöpfen darf, im Rahmen der von ihr wahrzunehmenden Kommunalaufsicht lediglich reines Haushaltsrecht durchzusetzen, sondern die von der Mitverantwortung für die Region und ihre Kommunen geprägt ist. Die Rolle der Kommunalaufsicht ist angesichts der geschilderten finanziellen Entwicklung neu zu bestimmen.

Dabei ist der verfassungsrechtlichen Selbstverwaltungsgarantie und dem Gebot, einheitliche Lebensverhältnisse im Land zu gewährleisten, Rechnung zu tragen - Vorgaben, die generell gelten und nicht abhängig sind von der jeweiligen finanziellen Situation einer Kommune. Insofern wird die Bezirksregierung gerade bei Nothaushaltskommunen verantwortungsvoll und zukunftsorientiert agieren und sich in ihrer Bündelungsfunktion von diesen Grundsätzen leiten lassen.

Dies entlässt die Kommunen allerdings nicht aus ihrer Verantwortung, ihre Haushalte zu konsolidieren. Die Kommunen werden – wie viele andere auch – Sparmaßnahmen durchsetzen, die auch Selbstverständliches in Frage stellen werden und die „weh tun“ werden. Hier gilt es, zu erkennen, dass nicht mehr alles, was wünschenswert ist, auch tatsächlich realisiert werden kann, will man nicht im Ergebnis zu Lasten zukünftiger Generationen handeln.

Natürlich werden die Bemühungen der Kommunen im Zusammenhang mit der von ihnen anzustrebenden Haushaltskonsolidierung sicherlich auch das örtliche Handwerk treffen. Auftragsvergaben sind angesichts der desolaten finanziellen Verhältnisse der Kommunen nicht mehr in dem bisherigen Umfang möglich.

Weitergehende Überlegungen von Kommunen, ihre Ertragsseite zu stärken etwa durch eine Anhebung der Gewerbe- oder Grundsteuerhebesätze oder die Einführung neuer kommunaler Steuern werden sicherlich nicht auf das Wohlgefallen derjenigen treffen, die hier zu-



sätzlich belastet werden. In vielen Fällen wird aber auch hieran kein Weg vorbei führen.

Durch Sparen allein werden wir allerdings die Probleme der Kommunalfinanzen nicht lösen können. Sparen ist zwar eine notwendige, aber längst keine hinreichende Bedingung, um die kommunale Finanzmisere zu beheben. Allein mit der Schließung von Bibliotheken, Theatern und Schwimmbädern wird das Problem nicht zu lösen sein. Bloßes „Löcherstopfen“ ist keine nachhaltige Lösungsstrategie, wir brauchen einen Neuanfang, dazu gehört auch ein grundsätzliches Überdenken alter Strukturen der Gemeindefinanzierung.

Ich freue mich deshalb, dass sowohl der Bund und auch das Land im März jeweils Kommissionen eingesetzt haben, die sich u.a. mit den Themen Kommunalsteuern und nachhaltige Sicherung der kommunalen Einnahmen, die Notwendigkeit von Standards, deren Abbau bzw. Flexibilisierung, die Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben und finanzwirtschaftliche Erleichterungen für die Kommunen befassen sollen. Nur so lässt sich die Finanzstruktur der kommunalen Haushalte nachhaltig verbessern. All dies sind Themen, die die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen angesichts ihrer derzeitigen finanziellen Situation existenziell betreffen. Schnelle Lösungen sind allerdings zunächst nicht zu erwarten.

Viele Kommunen, ja eigentlich alle, suchen deshalb unabhängig hiervon nach Wegen, um aus ihrer schwierigen Situation heraus zu kommen und gleichzeitig wie bisher ihre Aufgabenwahrnehmung sicherzustellen und dies angesichts der Pflicht zu einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung so kostengünstig wie irgend möglich.

Insoweit drängt sich der Gedanke auf, Aufgaben, die auch von anderen gleichermaßen erledigt werden müssen, möglichst gemeinsam wahrzunehmen, um die anfallenden Kosten aufgrund entstehender Synergieeffekte für alle Beteiligten zu minimieren, ohne dabei allerdings die Qualität der Aufgabenwahrnehmung zu gefährden.

Eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, ist eine Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit, die es schon seit jeher gegeben hat, vielleicht nicht so systematisiert und so organisatorisch verselbständigt wie heute, im Ergebnis aber gleichwohl als solche schon lange bewährt und erfolgreich. Hier sehe ich noch erhebliche Konsolidierungspotentiale, die gehoben werden können. Von daher kann



ich solche Ansätze, wie sie etwa im Kreis Recklinghausen verfolgt werden mit dem Projekt „Im Vest: Einer für alle – alle für einen - Interkommunale Zusammenarbeit im Kreis Recklinghausen“ nur begrüßen und diese unterstützen.

Die Bezirksregierung wird den Kommunen in diesem schwierigen Prozess ein fairer Partner sein, der als Bündelungsbehörde ganzheitlich berät und gezielte Unterstützung anbietet. Wir sehen unsere Verantwortung als Aufsichtsbehörde und wir werden diese Verantwortung im Sinne der Region wahrnehmen.